# Update
*01/2020*

*Bernhard Daldrup, MdB*
Für den Kreis Warendorf

Berlin, 17. Januar 2020

## Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

es ist die erste Sitzungswoche in einem neuen Jahr(-zehnt) und sie begann mit einem Paukenschlag. In einer Gewissensentscheidung um die Organspende entschloss sich der Bundestag für die Zustimmungslösung. Das bedaure ich, zumal meines Wissens die Mehrheit der Bevölkerung hinter der Widerspruchslösung steht.
Mit Überraschung habe ich beobachtet, wie eine Maßnahme aus dem Programm sozialdemokratischer Wohnungspolitik in die Negativ-Schlagzeilen geriet. Diesem Aspekt werde ich in diesem Update ins rechte Licht rücken, weil es den gerechten und sozialen Weg ins neue Jahrzehnt abzeichnet und ein vielleicht kleiner, aber wichtiger Baustein im sozialdemokratischen Fundament ist.
Ich werde auch über ein Thema reden, das nicht mehr verschwiegen werden darf und unser Aller Engagement verlangt. Gewalt und Drohungen gegenüber Mandatsträgern, Politikern, Polizisten und Rettungskräften nehmen in erschreckender Weise zu und Demokratie muss wieder neu gelernt, neu erkämpft, neu gelebt werden.

*Nachträglich alles Gute für das neue Jahr,*
*Und nun: viel Spaß beim Lesen!*
*Euer*

Bernhard Daldrup, MdB · Roonstraße 1 · 59229 Ahlen
Tel. 02382 / 9144-22 · Fax: 02382 / 9144-70 · E-Mail: info@bernhard-daldrup.de
Ahlen, 17. Januar 2020

*Eine SPD-Institution wird 80. Herzlichen Glückwunsch an Franz Müntefering. Lieber Genosse, lieber Freund, alles Gute. Du hast die SPD nachhaltig geprägt und vehement für ein gerechtes und solidarisches Deutschland gekämpft. Auf der Geburtstagsfeier im Deutschen Bundestag habe ich Müntefering zusammen mit Norbert Walter-Borjans getroffen. Nach dem Motto "Opposition ist Mist" geht es darum, Verantwortung zu übernehmen und Zukunft zu gestalten.*

## // Thema Organspende: Ich bin entschieden

Jeden Tag warten Tausende Menschen auf ein Organ. Häufig warten sie jedoch vergeblich, was tödliche Folgen nach sich zieht. Unabhängige Umfragen der Bevölkerung zeigen deutlich, dass sich eine Mehrheit für eine Organspende ausspricht, jedoch nur wenige dem auch explizit zugestimmt haben. Zwischen 2012 und 2018 stieg die Zustimmung für eine Spende von 78 % auf 84 %, wohingegen die Zahl der Spender in gleichen Zeitraum von rund 3500 auf 2500 sank. Hier müssen wir etwas tun. Die Zahl der möglichen Organspenden wird nachweislich nicht ausgeschöpft.

Auch wenn die Entscheidung bereits zugunsten der Zustimmungslösung gefallen ist, möchte ich an dieser Stelle mein Festhalten an der Widerspruchslösung bekräftigen.

Es wird mannigfaltig Kritik an der doppelten Widerspruchslösung geübt. Ich greife an dieser Stelle drei Hauptkritikpunkte auf und möchte begründen, warum ich mich dennoch für die Widerspruchslösung entschieden habe.

Häufig wird § 2 unseres Grundgesetzes zitiert mit dem Verweis auf das Recht der körperlichen Unversehrtheit. Die doppelte Widerspruchslösung greift nicht in dieses Recht ein. Die individuelle Freiheit wird in keinem Bereich eingeschränkt. Niemand wird gezwungen, ein Organ zu spenden. Sie oder Ihre Angehörigen können jederzeit widersprechen. Selbst wenn Sie zu Lebzeiten versäumt haben, Widerspruch einzulegen, werden auch in Zukunft die nächsten Angehörigen nach dem mutmaßlichen Willen des Verstorbenen befragt. Die doppelte Widerspruchslösung rüttelt nicht am Grundgesetz. Selbstverständlich haben Sie nach § 2 GG das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Die Frage ist aber: Wo wird dieses Recht hier eingeschränkt? Durch Ihren Widerspruch bleibt dieses Recht jedenfalls erhalten.

Ein weiterer Kritikpunkt verortet sich in der Debatte um den Hirntot eines Menschen. Die Debatte ist lang und bleibt eine Frage des Glaubens bzw. der Weltsicht. Für mich persönlich wiegt zu rettendes Leben ein unweigerlich sterbendes eindeutig auf. Falls er oder seine Angehörigen einer Organtransplantation nicht widersprechen, wird er Schenker und Ermöglicher neuen Lebens für die Menschen, die jeden Tag auf ein Organ warten. Niemand wird dazu gezwungen.

Es bleibt auch abzuwarten, ob durch die Gesetzesänderung tatsächlich höhere Organspenden verzeichnet werden können. Aber nach ausgiebiger Abwägung der moralischen, rechtlichen sowie ethischen Fragen dieser Debatte, überwiegt für mich der Erhalt und die Rettung von Menschenleben -überwiegen für mich die Argumente für die doppelte Widerspruchslösung.

Nicht von der Hand zu weisen sind allerdings die strukturellen Verbesserungen, die wir nun in Angriff nehmen müssen. Denn unabhängig von den beiden Gesetzesentwürfen müssen wir in Deutschland auch das Transplantationsgesetz allgemein verbessern. Wieso gelten nicht auch andere Kriterien für die Organ-Entnahme, wie etwa ein nicht mehr schlagendes Herz? Verbesserungen brauchen wir auch im Zeit- und Personalmanagement der Kliniken, denn ohne die notwendigen Ressourcen werden die Organspenden nur unzureichend steigen.

## Zu den Gesetzen

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Annalena Baerbock u.a.:**
http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/110/1911087.pdf

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Dr. Karl Lauterbach u.a.:**
http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/110/1911087.pdf

## // Sozialdemokratische Wohnungspolitik

Wer sich die Wohnungspolitik der vergangenen Jahre in Erinnerung ruft, wird nicht umhinkommen, dass der Rückzug des Staates in der Wohnungspolitik falsch war und sich heute bitter rächt. Wenn wir nun versuchen, Fehler der Vergangenheit zu korrigieren, stehen dem mächtige, privatwirtschaftliche Interessen entgegen. Wir können diese Debatte für uns entscheiden. Dabei müssen wir aber aufpassen, dass wir nicht durch die Debatte einzelner Instrumente – sei es der Mietendeckel, der soziale Wohnungsbau oder die Bodenpolitik – suggerierten, dieses sei die alleinige Lösung. Wir müssen einerseits klar machen, was wir jetzt (!) tun, und andererseits, was wir in Zukunft tun werden.

Nicht zuletzt Hans-Jochen Vogel ruft uns eine zentrale Ausgangslage in Erinnerung: Boden ist weder vermehrbar noch ersetzbar. Diese Erkenntnis erhält in einer Zeit anhaltenden Flächenverbrauchs und der damit verbundenen Klimafolgen zusätzliche Bedeutung. Er kann nicht wie eine allgemeine Ware vermarktet werden. Der Umgang mit Grund und Boden muss sich am Gemeinwohl orientieren. Bezahlbare Grundstücke sind das Fundament für bezahlbare Mieten und Eigenheime. Vor allem in den Großstädten sind die Baulandpreise explodiert und machen oft mehr als die Hälfte der Baukosten aus.

Nur Kommunen können auf Grund ihrer Planungshoheit aus Ackerland Bauland machen. Mit der Schaffung, Instandhaltung und dem Ausbau öffentlicher Infrastruktur stellen sie die Voraussetzung für Standorte und Wohnquartiere bereit.

Folglich müssen sie an den außergewöhnlichen Wertsteigerungen beteiligt werden, die durch Handeln der öffentlichen Hand entstehen. Es geht nicht um Umverteilung, sondern um eine gerechte Beteiligung an Vorteilen und Folgen einer guten Bodenpolitik. Nicht die Investitionen der Eigentümerinnen und Eigentümer bestimmen die Grundstückswerte, sondern die Nähe zum Park, der Kita oder der Bahnhaltestelle. Wir wollen die Kommunen im Kampf gegen explodierende Bodenpreise unterstützen und ihnen Mittel bereitstellen, um die kommunale Infrastruktur weiter zu verbessern.

Es ist gut, wenn wir öffentlich über eine nachhaltige und soziale Bodenpolitik diskutieren. Wir müssen allerdings aufpassen, dass es bei der Debatte um die Besteuerung von Bodenwertsteigerungen nicht zu Missverständnissen kommt. Es geht nicht darum, Eigenheimbesitzer zur Kasse zu bitten. Da die Besteuerung nur bei Verkauf eintritt, sind Grundstücks- und Immobilieneigentümerinnen und -eigentümer, die ihre Immobilien halten oder selbst nutzen, nicht betroffen. Die Bodenwertzuwachssteuer ist eines von mehreren Instrumenten, die Profiteure außergewöhnlicher Wertsteigerungen an der Finanzierung von Leistungen einer Kommune beteiligen.

Boden ist nicht beliebig vermehrbar, daher nicht mit anderen Wirtschaftsgütern zu vergleichen und es braucht dringend eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik.

Zu einer gemeinwohlorientierten Bodenpolitik gehört auch, dass der Staat wieder handlungsfähig wird, indem er Boden bevorratet, zurückkauft, nur in Erbpacht zur Verfügung stellt, und Bodenfonds einrichtet. Gleichzeitig soll der Staat auch mehr gestalten können, indem Baugebote erleichtert und Konzeptvergaben gestärkt werden.

Im unbeplanten Innenbereich soll er die Nutzung von Boden verstärkt für die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums vorgeben können. Dafür konnte die SPD-Bundestagsfraktion in der Kommission „Nachhaltige Baulandmobilisierung und Bodenpolitik“ wichtige Weichenstellungen durchsetzen, die wir in den kommenden Monaten im Rahmen der Novelle des Baugesetzbuches gesetzgeberisch umsetzen werden. Dabei werden wir auch die Möglichkeit zur Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen begrenzen,

um Mieterinnen und Mieter in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt besser vor Verdrängung zu schützen.

## // Bis die Sitze nicht mehr passen – Wahlrechtsreform

Die SPD dringt auf eine Reform des Bundestags-Wahlrechts bis Mitte April. Wir wollen verhindern, dass der Bundestag noch größer wird.
Vor der Wiedervereinigung hatte der Bundestag die Regelgröße von 518 Abgeordneten zuzüglich ggf. Überhangmandaten. Durch die Wiedervereinigung stieg die Bevölkerungszahl. Danach hatte der Bundestag als Regelgröße 656 Mitglieder und erreichte zeitweilig durch Überhangmandate bis zu 672 Mitglieder. Zur Wahl 2002 ist der Bundestag verkleinert worden auf eine Regelgröße von 598 Mitgliedern und erreichte bis zur Wahl 2013 zeitweilig durch Überhangmandate bis zu 622 Mitglieder. Seit der Wahl 2013 gilt ein Wahlrecht, das erstmals sicherstellt, dass die Zusammensetzung des Bundestages das Verhältnis der abgegebenen gültigen Zweitstimmen widerspiegelt. Deshalb ziehen Überhangmandate ggf. Ausgleichsmandate nach sich. So kam es bei der Wahl 2013 zu 631 Sitzen. Aktuell besteht der Bundestag daher bei unveränderter Regelgröße aus 709 Mitgliedern.
Von Januar 2018 bis April 2019 gab es eine von Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble geleitete interfraktionelle Arbeitsgruppe zur Reform und Verkleinerung des Bundestages, die zunächst leider ohne Ergebnis auseinander gegangen ist. Der Präsident des Deutschen Bundestages hat die Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen Fraktionen in einem Schreiben entsprechend informiert.
Wir prüfen derzeit sehr intensiv, wie einem weiteren Aufwuchs durch Überhang- und. Ausgleichsmandate vorgebeugt werden kann. Alle Vorschläge, die in der Vergangenheit erörtert wurden, weisen Merkmale auf, die mehrheitlicher Zustimmung im Wege standen. Lägen die Dinge so einfach, wie teilweise behauptet wird, wäre das Problem schon längst gelöst. Nicht ohne Grund existieren dazu zahlreiche Veröffentlichungen in der juristischen und politologischen Fachliteratur. Das Wahlrecht ist eine wichtige und zentrale Grundlage für die Funktionsfähigkeit einer Demokratie. Mit Änderungen am Wahlrecht müssen wir deshalb sensibel umgehen und in bewährter Weise einen überparteilichen Konsens suchen. Das ist in der erwähnten Arbeitsgruppe leider nicht gelungen, bedeutet aber kein Ende der Reformüberlegungen. Wir sind weiterhin an einer Reform interessiert, die dazu führt die Regelgröße des Bundestages einzuhalten. Wir sehen auch grundsätzlich Chancen für eine Einigung.

Für 14 Tage in die Politik. Milan Edelkötter besuchte mich im Deutschen Bundestag und absolviert ein Schüler-Praktikum in meinem Wahlkreisbüro.

Praxis kann man nicht studieren und Erfahrung nicht zwischen Buchdeckeln finden. Mit dieser Einstellung unterstützt mich Julian Schrick durch sein Praktikum seit Dezember letzten Jahres für zwei Monate in meiner parlamentarischen Arbeit in Berlin.

Auch Schülerinnen und Schüler der Fritz-Winter-Gesamtschule aus Ahlen besuchten mich im Deutschen Bundestag.

Diese Woche waren angehende Lehrerinnen und Lehrer des Zentrums für schulpraktische Lehrerausbildung aus Münster zu Besuch im Deutschen Bundestag.

## // „Wer die Kommunen stärkt, macht die Gesellschaft stark“ Über die Gewalt gegen kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger

Gewalt und Drohungen gegenüber Mandatsträgern, Politikern, Polizisten und Rettungskräften nehmen in erschreckender Weise zu, selbst der politische Mord an Walter Lübcke gehört zur Bilanz des abgelaufenen Jahres. Deshalb gehört der Kampf gegen Hetze, Rechtsextremismus und Hasskriminalität auf die Tagesordnung.

Doch bevor ich dazu im Einzelnen komme, wende ich mich an dich, lieber Karamba Diaby. Die Schüsse auf dein Wahlkreisbüro sind nicht nur einen Anschlag gegen dich und deine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, nein sie sind auch ein Anschlag auf unsere Demokratie. Deshalb darf ich dir versichern: wir stehen an deiner, an eurer Seite und hoffen, dass du dich in deinem Engagement für Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in unserem Land nicht beirren lässt. Und die gleiche Solidarität gilt auch unserem Kollegen Carsten Träger, der zum Jahreswechsel einen anonymen Brief mit Patronenhülse erhalten hat.

Wir stehen aber nicht nur an eurer Seite, die Zeit ist überfällig, wo wir mit weiterer Entschiedenheit die Grenze zu den Feinden unserer Demokratie ziehen müssen. Die Übergriffe, der Hass, die Gewalt gelten aber nicht nur Abgeordneten. Der Anlass besteht vielmehr in offensichtlichen Eskalation der Gewaltbereitschaft, die auch vor den ehrenamtlich und hauptamtlich tätigen Kommunalpolitikern, ebenso Rettungskräften oder Polizeibeamten nicht Halt macht. Die Zahlen sind erschreckend und die Beispiele mittlerweile so zahlreich, dass sie hier nicht im Einzelnen aufgezählt werden könnten. So wurden beispielsweise in Niedersachsen 167 solcher Straftaten registriert - 59 mehr als im Vorjahr. In Baden-Württemberg stieg die Zahl von 81 auf 104 und in Rheinland-Pfalz von 25 auf 44. In der Summe könnten die Zahlen bundesweit bald vierstellig werden.

Ich bin besonders unserem Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier dankbar, der sich mehrfach, zuletzt auf seinem Neujahrsempfang an die Seite der Kommunalpolitikerinnen und ehrenamtlich Tätigen in unserer Gesellschaft gestellt hat und mehr Schutz gegen ein Klima des Hasses und der Menschenverachtung gefordert hat.

An uns richtet sich aber nicht nur die Pflicht zur Solidarität mit den Bedrohten, sondern gleichermaßen eine Antwort auf die Frage, was zu tun ist.

Es ist sehr gut, dass unsere Justizministerin, Christine Lamprecht, dem Nährboden für Hetze und Rechtsextremismus im Netz mit einem Aktionsplan entgegenwirkt,

- dass das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) verschärft wird, Morddrohungen und Volksverhetzungen besser verfolgt werden (an eine besondere Stelle des BKAs weitergeleitet werden),
- der Paragraf 188 Strafgesetzbuch so angepasst wird, dass auch auf kommunaler Ebene üble Nachrede und Verleumdungen gegen Personen des öffentlichen Lebens verfolgt werden kann
- und der strafrechtliche Schutz des Paragrafen 113 StGB auf Notärzte und Sanitäter ausgeweitet wird.
- Auch das Waffen- und Sprengstoffrecht zu schärfen, ist die bessere Alternative zur Bewaffnung von Bürgermeistern. Auch wenn ich persönlich Christoph Landscheidt, den ich gut kenne, in seinem Ansinnen sich vor rechter Gewalt zu schützen verstehen kann.

Allerdings dürfen all die Verschärfungen im Strafrecht nicht davon ablenken, das Verfahren auch zu Ergebnissen gebracht werden und nicht etwa –

Meine Rede zur aktuellen Stunde – Schutz von Kommunalpolitikern, Polizei und Rettungskräften

**https://dbtg.tv/fvid/7414041**

wie gegenwärtig der Eindruck entsteht – allzu sehr ins Leere laufen, sprich eingestellt werden. Das ist eine berechtigte Forderung der kommunalen Ebene an unsere Justiz.

So sehr dieses Handeln notwendig ist, kann es nicht darüber hin wegtäuschen, dass die zunehmende Gewalt und der Hass, Ursachen hat, soziale, aber auch solche, die unsere politische Kultur bedrohen. Demokratie muss immer wieder neu gelernt, neu erkämpft, neu gelebt werden. Deshalb ist Prävention so wichtig wie sie beispielsweise mit dem Programm „Demokratie leben“ gefordert wird, für das immerhin 115 Millionen € bereitgestellt werden und deren Erweiterung die KSV fordern.

Wir diskutieren zu Recht die Rolle der sozialen Medien, wenn es um Verrohung, um Hass und Hetze geht. Weil darüber viel diskutiert wird, will ich einen anderen Aspekt ansprechen. Ich bin mir sicher, dass das diese Debatte nicht allein mit schärferem Recht zu bekämpfen ist. Carlo Schmidt hat einmal das Merkmal des bundesdeutschen Rechtsstaats damit begründet, dass er nicht nur formalen staatsrechtlichen Anforderungen genügt, sondern an der sittlichen Idee der Gerechtigkeit orientiert. Daran dürfen die Menschen ebenso wenig zweifeln, wie am Ringen um politische Ziele mit der Bereitschaft zum Kompromiss im demokratischen Staat.

Der „Faule Kompromiss“ war auch die diffamierende Formel der Nazis gegenüber dem Ringen um die Demokratie in der Weimarer Republik. Diese Haltung verspottet die Diskussion als Gerede und das Parlament als Schwatzbude. Wo sich die Unfähigkeit zum Kompromiss mit Macht verbindet und auf Minderheiten zielt, entsteht Brutalität, das hat uns die Geschichte gelehrt. Jeder muss wissen, dass hetzerische Sprache die Vorhut der Gewalt ist. Bei nicht wenigen Reden der AfD habe ich den Eindruck, dass sie nicht dennoch so reden, sondern deshalb.

„Die Demokratie verlässt sich nicht auf Zwang und Kontrolle, und sie beruft sich nicht auf göttliche Gnaden. Sondern Demokratie ist und bleibt ein Wagnis, weil sie sich völlig ihren Bürgern anvertraut! Jeder, der sich abwendet, fehlt der Demokratie. Und deshalb dürfen wir niemanden achselzuckend ziehen lassen“, so Frank Walter Steinmeier. Niemanden ziehen zu lassen, heißt, das öffentliche Bewusstsein für unsere Demokratie und ihre Geschichte zu stärken.

Ich bin bisweilen bei Besuchergruppen erschrocken, wenn ich feststelle, dass die politische Bildung in unseren Schulen, aber auch in der Gesellschaft offenbar stark vernachlässigt wird. Umso mehr danke ich denjenigen in den Schulen und in der Zivilgesellschaft, die aus Solidarität und mit Leidenschaft unsere Demokratie, unsere Rechts- und Sozialstaatlichkeit verteidigen. Wenn wir wirksam gegen Hass und Hetze, Ausländerfeindlichkeit und Gewalt vorgehen wollen, ist die Stärkung eine der Säulen unserer Demokratie, nämlich der Städte und Gemeinden, nicht nur unverzichtbar, sondern geboten. Wer die Kommunen stärkt, macht die Gesellschaft stark.

Demokratie, Toleranz, Menschenfreundlichkeit, das ist eine Lebensform, wie es eben Franz Müntefering auf einem Empfang zu seinem 80. Geburtstag formulierte. Sie entsteht nicht von selbst, sondern fordert unseren täglichen Einsatz. „Denn: So wenig der Demokratie vor hundert Jahren ihr Scheitern vorherbestimmt war, so wenig ist heute ihr Gelingen garantiert“, mahnt zu Recht der Bundespräsident in seiner Erinnerung an die Weimarer Republik von 100 Jahren. Denkt an die Mahnung Brechts im Theaterstück „Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui“: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“.

## // Bilanz 2019

Das Jahr 2019 ist Vergangenheit, die parlamentarische Arbeit beendet und es ist an der Zeit, Bilanz zu ziehen. Wir haben viel erreicht im letzten Jahr und es passt schwerlich in dieses Update. Deshalb findet Ihr hier unten einen QR-Code. Mit dem Handy eingescannt, führt er Euch direkt auf die Seite der SPD und zu einer tollen Übersicht über alles, was wir in letzten Jahr umgesetzt haben. Viel Spaß beim Lesen!

https://www.spdfraktion.de/bilanz-2019